

Informationen aus dem **L a n d t a g**

April 2022



**GRÜN.
KOMMT**



Liebe Freundinnen und Freunde,

wir alle stehen unter dem Eindruck des schrecklichen Krieges in der Ukraine. Putins Angriffskrieg hat uns tief erschüttert, nicht aber verstummen lassen. Vor dem Hintergrund des brutalen und völkerrechtswidrigen Überfalls auf die Ukraine, sind die harten Sanktionen gegen Russland richtig. Der Krieg ist auch ein Angriff auf den Frieden, die

Freiheit und die Demokratie in ganz Europa.

Die aktuelle Situation führt uns aber auch vor Augen, wie abhängig wir von fossiler Energie und von Russland sind. Zu lange ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien verschleppt worden. Auch in NRW hat die Politik der schwarz-gelben Landesregierung den Ausbau behindert statt ihn voranzutreiben. Sinnbildlich dafür steht die 1.000-Meter-Abstandsregelung, die den Ausbau der Windenergie massiv ausbremst. NRW braucht ein schnelles Umsteuern hin zu einer Energiepolitik, die durch den konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien das Klima schützt, unseren Industriestandort zukunftsfest macht und eine unabhängige Versorgung sicherstellt.

Wir haben aber auch die Verantwortung, den Menschen und gerade den vielen Kindern, die jetzt hier bei uns Schutz suchen, Sicherheit und soweit wie möglich ein Stück Normalität zurückzugeben. Solidarität darf sich in dieser sehr schwierigen Situation nicht in Worten erschöpfen. Die Geflüchteten brauchen Taten. Viele Menschen in NRW sind bereit zu helfen, auch die Kommunen leisten Großartiges. Das Land muss sie nun bestmöglich unterstützen und sie nicht mit diesen Aufgaben allein lassen.

Die Legislaturperiode ist so gut wie abgelaufen. In der neuen Legislaturperiode braucht NRW endlich einen Aufbruch, um den drängenden Herausforderungen unserer Zeit gerecht werden zu können. Zu häufig haben wir in den vergangenen fünf Jahren eine Landesregierung erlebt, die nicht vorausschauend handelt, sondern hektisch und „auf Sicht“ für ein chaotisches Corona-Krisenmanagement verantwortlich ist, die Klimaschutz und Klimaanpassung nicht vorangetrieben, sondern durch ihre Politik aktiv erschwert hat und mut- und ideenlos in wichtigen sozialen Fragen blieb. In den vergangenen fast fünf Jahren sind wir deshalb nicht müde geworden, Antworten auf die drängendsten Fragen zu suchen und unsere Antworten in den parlamentarischen Prozess einzubringen. Denn klar ist: NRW braucht vorausschauendes Handeln. Sie ist das Leitmotiv Grüner Politik – statt hektischer und rückwärtsgewandter Schnellschüsse, wie wir es von dieser Landesregierung leider gewohnt waren.

Deshalb gehen wir voran, zum Beispiel mit einer Studie, wie NRW seinen Beitrag leisten kann, damit Deutschland mindestens das Pariser Zwei-Grad-Ziel einhält, mit einem eigenen Radgesetz für NRW, mit einem Zukunftsplan Schule, mit einem Gutachten für eine gesunde Ernährung.

Diese und weitere spannende Grüne Themen erwarten Euch in der aktuellen Ausgabe der GRÜN.KOMMT.

Verena Schäffer und Josefine Paul
Fraktionsvorsitzende

EDITORIAL

Inhalt

Verkehrswende	3
Ökologie	3
Klimaschutz	4
Öffentliche Sicherheit	6
Vielfalt	6
Kommunalpolitik	7
Schulpolitik	7

UNTERWEGS IN NRW

VORWÄRTS GEHT ES NUR MIT EINER WENDE



NRW NEWS

Wie wichtig vorausschauende Verkehrspolitik ist, sehen wir aktuell an dem dramatisch schlechten Zustand vieler Autobahnbrücken in Nordrhein-Westfalen. An der Rahmede-Talbrücke wird mehr als deutlich, wie wichtig, aber auch wie störungsanfällig Verkehrswege im Land sind. Von einzelnen Straßen können die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und der Wohnwert ganzer Regionen abhängen. Darüber hinaus ist der Verkehrssektor auch ein wichtiger Faktor im Kampf gegen die Klimakrise. Unter Leitung des jetzigen Ministerpräsidenten Wüst hat das Verkehrsministerium der schwarz-gelben Landesregierung aber leider die falschen Schwerpunkte gesetzt: Straße vor Schiene, Neubau vor Erhalt und Auto- vor Fahrrad- und Fußverkehr. So kam er der Forderung der Initiative „Aufbruch Fahrrad“ zwar formal mit dem Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz nach – dies enthielt jedoch wenig mehr als eine Sammlung der ohnehin vorhandenen und bei weitem nicht ausreichenden Maßnahmen. Diesem Gesetz haben wir ein eigenes entgegen gesetzt, das dem Radverkehr die Chance eröffnet, in wenigen Jahren 25 Prozent des Gesamtverkehrs zu stellen.

Die Elektrifizierung des Bahnverkehrs kommt nicht voran und noch immer gibt es kein Luftverkehrskonzept für NRW. Nur dem Protest der Sozialverbände und von uns GRÜNEN ist es zu verdanken, dass CDU und FDP das Sozialticket im ÖPNV nicht abgeschafft haben. Im Modellversuch soll zudem die Einführung eines solidarischen Bürgertickets getestet werden, um so allen Bürger*innen einer Kommune eine preiswerte ÖPNV-Flatrate wie beim Semesterticket zu bieten.

Bislang leider vergeblich haben wir gefordert, dass alle Straßenbauprojekte, die noch nicht umsetzungsreif sind, unter Aspekten des Klimaschutzes und der verkehrlichen Notwendigkeit noch einmal auf den Prüfstand kommen. Um die Straßen sicherer zu machen und für den Klimaschutz fordern wir neben einem Tempolimit auf den NRW-Autobahnen eine Regelgeschwindigkeit von Tempo 30 in den Kommunen. Um all diese Maßnahmen zu koordinieren, soll aus dem Landesbetrieb Straßen.NRW ein moderner Mobilitätsbetrieb werden, damit es bald wirklich weniger Staus in den Städten und mehr Nahverkehr im ländlichen Raum gibt.

Arndt.Klocke@landtag.nrw.de,
Sprecher für Verkehrspolitik

ÖKOLOGIE

NATURSCHUTZ STATT ENTFESSELUNG



Ganz ihrem „Entfesselungsmantra“ folgend, haben CDU und FDP Politik auf Kosten der Ökologie betrieben und wichtige Weichenstellungen der rot-grünen Vorgängerregierung rückabgewickelt. So strich die schwarz-gelbe Landesregierung den Grundsatz, den Flächenverbrauch auf fünf Hektar täglich zu begrenzen, aus dem Landesentwicklungsplan. Die Flächeninanspruchnahme für neue und immer größere Gewerbegebiete wird so befeuert. Dadurch geht nicht nur Lebensraum für Tiere und Pflanzen verloren, sondern zum Beispiel auch landwirtschaftliche Fläche, die Existenzgrundlage von Betrieben, und Versickerungsflächen, die in Zeiten häufiger auftretender Extremwetterereignisse dringend notwendig sind. Mit der Novelle des Landeswassergesetzes, durch die Rohstoffabgrabungen in Wasserschutzgebieten ermöglicht und Gewässerrandstreifen zum Schutz gegen Düngemittel- und Pestizideinträge faktisch abgeschafft wurden, kapitulierten CDU und FDP vor den Interessen der Kieslobby und gaben den Trinkwasser- und Gewässerschutz in NRW auf. Dagegen blieben die Forderungen der Volksinitiative Artenvielfalt, die mehr als 115.000 Menschen in NRW unterstützten, von der Landesregierung ungehört. Dabei besteht dringender Handlungsbedarf: Über 45 Prozent der in NRW heimischen Arten sind vom Aussterben bedroht. NRW braucht eine engagierte Natur- und Umweltschutzpolitik, die den Namen auch verdient.

Einen Beitrag dazu kann jede*r von uns leisten: durch eine gute, nachhaltige Ernährung. Denn was wir essen, hat nicht nur große Auswirkungen auf unsere Gesundheit, sondern auch auf die Umwelt, die Landwirtschaft und das Klima. Den Schlüssel dafür sehen wir in der Gemeinschaftsverpflegung. Daher haben wir die Studie „NRW isst besser!“ in Auftrag gegeben. Das Ergebnis: Es braucht eine systematische Neuausrichtung des Politikfeldes „Ernährung“. Wir wollen eine Ernährungsstrategie erstellen und die Außer-Haus-Verpflegung neu ausrichten. Diese wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe muss endlich strategisch angegangen werden. So können wir die regionale Landwirtschaft fördern, eine vielfältige Kulturlandschaft erhalten und gleichzeitig eine gesunde Verpflegung für uns und unsere Kinder sicherstellen.

Norwich.Ruesse@landtag.nrw.de,
Sprecher für Landwirtschaft, Natur-, Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz

MEHR TEMPO FÜR DEN KLIMASCHUTZ

Bei allen dramatischen Entwicklungen der vergangenen Monate dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, dass die Klimakrise keine Pause macht. Ungebremst steuern wir auf eine Erderwärmung zu, die das Leben in vielen Teilen der Welt schwieriger machen wird, in einigen unmöglich. Wir alle tragen Verantwortung dafür, alles Mögliche zu tun, diesen Temperaturanstieg zu verlangsamen – das Industrieland Nordrhein-Westfalen kann dazu viel mehr beitragen als bislang.

**KLIMASCHUTZ
IN NRW**

Sinnbildlich für die Energiepolitik der schwarz-gelben Landesregierung ist der Umgang mit der Windenergie: Durch Mindestabstände der Windräder zur Wohnbebauung von mindestens 1.000 Metern und weiterer bürokratischer Hürden haben CDU und FDP den Ausbau der Windenergie regelrecht sabotiert. Von den guten Ausbauzahlen unter Rot-Grün ist Schwarz-Gelb weit entfernt, trotz oft wiederholter Bekenntnisse zum Ausbau erneuerbarer Energien. Unter dem Eindruck des Krieges gegen die Ukraine hat Wirtschaftsminister Pinkwart eine Lockerung der Abstandsregelung in Aussicht gestellt. Doch es bleibt – wie so oft – nur eine Ankündigung. Die Landesregierung hatte noch unter Ministerpräsident Laschet ein modifiziertes Klimaschutzgesetz mit dem Ziel Klimaneutralität bis 2045 beschlossen. Dabei ist es möglich, dass NRW bereits bis 2040 klimaneutral wird, wie eine umfangreiche Machbarkeitsstudie im Auftrag der Grünen Landtagsfraktion gezeigt hat. Dafür braucht NRW allerdings einen koordinierten Plan, wie der Ausbau der erneuerbaren Energien vorangebracht, unser Verkehr klimaneutral organisiert, Häuser energetisch effizient gebaut und saniert und nicht zuletzt wie unsere Industrie klimaneutral werden kann. Solardächer sollen der neue Standard werden und mittelfristig auf jedem geeigneten Dach installiert werden – bei Neubauten ab sofort verbindlich. Ein solcher Plan braucht jährliche Ziele für jeden Sektor und konkrete Maßnahmen – all das fehlt jedoch im neuen Klimaschutzgesetz genauso wie bei dieser Landesregierung insgesamt.

Kohleausstieg

Um die völkerrechtlich verbindlichen Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen, muss der Kohleausstieg bis 2030 abgeschlossen werden. Dies war unter Ministerpräsident Armin Laschet,

dem Schutzpatron der Kohlelobby, undenkbar. Der neue Ministerpräsident Hendrik Wüst hat sich dazu zwar bereit erklärt, doch den großen Worten sind keine Taten gefolgt. Wüst bleibt bei der Linie seines Vorgängers Laschet: Statt Politik für Menschen wird vor allem Politik für den Energieriesen RWE gemacht. Nur massive Proteste und juristische Auseinandersetzungen konnten RWE davon abhalten, den wertvollen Hambacher Wald abzuholzen – nun gilt es, auch die restlichen Dörfer vor den Baggerschaukeln zu schützen. Und wir brauchen Konzepte, wie sich die Region nach dem Ende des Tagebaus zukunftsfest entwickeln kann. Dazu haben wir bereits im Herbst 2018 ein Positionspapier zum Strukturwandel im Rheinischen Revier beschlossen. Schwarz-Gelb dagegen hat noch immer keine Planungssicherheit für die Menschen in den von Umsiedlung bedrohten Dörfern geschaffen. Über die klimapolitischen Notwendigkeiten hinaus hat uns Russlands Krieg in der Ukraine aber auch mehr als deutlich gezeigt, dass wir uns abhängig gemacht haben von fossilen Rohstoffen autokratischer Regierungen. Die erneuerbaren Energien als Freiheitsenergien zu verstehen, muss für alle ein weiterer Ansporn sein, Sonnen- und Windenergie schneller als bislang auszubauen. Klimapolitik ist immer auch Sozial- und Sicherheitspolitik. Doch den Bekenntnissen und Ankündigungen von Ministerpräsident Wüst und Wirtschaftsminister Pinkwart sind keine Maßnahmen gefolgt. So riskiert diese Landesregierung nicht nur die Versorgungssicherheit, sondern auch die Erreichung der Klimaziele. Und der 1,5-Grad-Pfad bedeutet mehr als nur die Umstellung auf nachhaltige Energieproduktion. Ähnlich große Anstrengungen müssen wir darauf verwenden, weniger Energien zu verbrauchen.



Hier spielen die Mobilitätswende und die Sanierung der Wohnbebauung große Rollen. Wie dieser Pfad konkret ausgestaltet werden kann, haben wir im Rahmen einer Studie ausarbeiten lassen – und damit getan, was Aufgabe der Landesregierung gewesen wäre.

Die Ergebnisse sind ermutigend, weil sie zeigen, dass NRW die Chance hat, innerhalb von 20 Jahren klimaneutral zu werden. Die Studie zeigt gleichzeitig auf, welche großen Veränderungen notwendig, aber auch möglich sind. Aus der Studie haben wir ein Sofortprogramm entwickelt, das viele Aspekte beinhaltet. NRW braucht ein Klimaschutzgesetz, das diesen Namen auch wirklich verdient. Vor allem aber endlich konkrete Maßnahmen für wirksame Fortschritte bei Energiewende und Klimaschutz.

Global denken – lokal umsetzen

Ein großes Potenzial hat auch der kommunale Klimaschutz, denn Kommunen sind bei dem anstehenden Umbau entscheidend – sowohl bei der Gebäude-, als auch bei der Stadtplanung. Vorrang für klimaschonende Verkehrsmittel etwa macht Radfahren attraktiver und sicherer. Hier flankiert unser Entwurf für ein NRW-Radverkehrsgesetz entsprechende Maßnahmen, aber auch der ÖPNV muss weiter ausgebaut werden. Damit klar ist, wo die Nah- und Fernwärme ausgebaut werden kann und wo auch in Zukunft jedes Gebäude einzeln beheizt werden muss, müssen kommunale Wärmeplanungen erstellt und finanziell unterstützt werden. Kurzfristig sollte das Land zudem die Förderungen für klimafreundliche Wärmeversorgung und energetische Sanierung deutlich erhöhen. In den städtischen Planungen sollen auch die Anpassungen an die schon spürbaren und erwartbaren Klimafolgen stärker berücksich-

tigt werden. Dazu sollen zum Beispiel Frischluftschneisen und die Entsiegelungen von Flächen eingeplant werden.

Das alles ist nicht zum Nulltarif zu bekommen, doch schon jetzt zahlen wir eine jährlich steigende Rechnung für die Versäumnisse in der Vergangenheit mit den Auswirkungen der Klimafolgen, aber auch den extrem gestiegenen Preisen für fossile Energie. Damit die Transformation aber nicht zu Lasten der wirtschaftlich Schwachen geht, muss das Land die Belastungen ausgleichen und eine Sozialkomponente in die Klimaförderprogramme aufnehmen. Zudem sollten landeseigene Bauvorschriften angepasst werden, um soziale Verwerfungen im Mietwohnungsbau zu verhindern.

Atomkraft ist keine Alternative

Wer nun – wie der französische Präsident – auf die Renaissance der Atomkraft setzt, übersieht, dass die guten Gründe, die zum Ausstieg führten, weiterhin Gültigkeit haben: Noch immer ist das Problem der Endlagerung des Atommülls nicht gelöst und noch immer handelt es sich um eine Hochrisiko-Technologie. Dies wird nicht nur regelmäßig durch die Pannen in den belgischen Schrottreaktoren deutlich, sondern zuletzt auch in der Ukraine. Und nicht zuletzt gibt uns die Klimakrise nicht die Zeit, die es braucht, bis eine „neue Generation“ Atommeiler entwickelt und gebaut ist.

Die Wissenschaft und die Weltpolitik lehren uns, dass die Klimaschutzpolitik schnellstmöglich mehr Tempo aufnehmen muss – auch in Nordrhein-Westfalen.

**Wibke.Brems@landtag.nrw.de,
Sprecherin für Klimaschutz und Energie**

ÖFFENTLICHE SICHERHEIT BÜRGERNAH UND EFFEKTIV



NRW NEWS

In der Innenpolitik haben CDU und FDP mit Blick auf Bürger- und Freiheitsrechte versagt. Der Entwurf von Innenminister Reul zur Änderung des Polizeigesetzes hatte so viele verfassungsrechtliche Schwächen, dass CDU und FDP zu einer Entschärfung gezwungen waren. Viele Vorschriften bleiben unverhältnismäßig, wie die zur Sieben-Tage-Ingewahrsamnahme von Personen zu Identitätsfeststellung. Auch beim neuen Versammlungsgesetz wurde auf Repression gesetzt, statt Demonstrationen für Bürger*innen zu erleichtern. Dem hohen demokratischen Gut der Versammlungsfreiheit wird das Gesetz nicht gerecht.

Bei der wohl rechtswidrigen Räumung des Hambacher Waldes im Herbst 2018 wurden rechtliche Bedenken den Wünschen von RWE untergeordnet. Die Landesregierung muss sich vorwerfen lassen, dass sie mit dem größten Polizeieinsatz des Landes den Konflikt auf Kosten von Bürger*innen und Polizist*innen eskalieren ließ. Er war zudem überflüssig, weil die Kohlekommission bereits nach einem Kompromiss suchte.

Die übergroße Mehrheit der Polizeibeamt*innen stehen für demokratische Werte und Rechtsstaatlichkeit. Die Polizei muss für die Sicherheit aller Menschen sorgen – unabhängig von Herkunft, Religion oder anderer Merkmale. Wir wollen die Ergebnisse der Stabstelle, die nach dem Bekanntwerden der rassistischen Inhalte in Chats von Polizist*innen, eingerichtet wurde, konsequent umsetzen. Dazu gehören unter anderem verpflichtende Fortbildungen zum Themenfeld Rechtsextremismus und Rassismus und zu anderen menschenverachtenden Einstellungen.

In dieser Legislaturperiode haben wir einen Gesetzentwurf für die Stelle einer/eines unabhängigen Polizeibeauftragten eingebracht, die beim Landtag angesiedelt und für Bürger*innen und Polizeibeamt*innen gleichermaßen ansprechbar sein soll. Leider haben CDU und FDP den Gesetzentwurf abgelehnt.

Wir fordern mehr Bezirksbeamt*innen in den Stadtteilen, damit die Polizei dort für Bürger*innen besser ansprechbar ist und mit Sozialpartner*innen und anderen Akteuren Sicherheitsnetze knüpft. Bei einem Pilotversuch in Köln wurde so die Straßenkriminalität gesenkt.

Veran.Schaeffer@landtag.nrw.de,
Sprecherin für Innenpolitik und Strategien gegen Rechtsextremismus

WELTOFFEN UND CHANCENGERECHT FÜR EIN VIELFÄLTIGES NRW



NRW ist ein Einwanderungsland, das von der gelebten Vielfalt bereichert wird. Die aktive Zivilgesellschaft setzt auch in Krisenzeiten hohe humanitäre Standards: Private Verpflichtungserklärungen zur Aufnahme von Geflüchteten, Spendenkonvois und die Bereitschaft zahlreicher Kommunen, sich zu „sicheren Häfen“ zu erklären, sind nur einige Beispiele. Doch auch bei uns sind Diskriminierung und Rassismus noch alltägliche und auch strukturelle Probleme. Darum fordern wir eine Landesantidiskriminierungsstelle sowie ein landeseigenes Antidiskriminierungsgesetz. So können Betroffene individuell beraten und Mechanismen gegen diskriminierende Vorfälle entwickelt werden. Ein von uns in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten macht deutlich, dass NRW beim Diskriminierungsschutz gemäß den EU-Richtlinien Nachholbedarf hat.

Auch als Opposition konnten wir etwas bewegen und zum Beispiel das Teilhabe- und Integrationsgesetz erheblich verbessern: Die Sensibilität für Rassismus ist nun bei Fort- und Weiterbildungen von Landesbeamten verankert und die Zusammenarbeit mit freien Trägern in den kommunalen Integrationskonzepten ist verbindlicher. Nun muss das Land den Zugang zu Regelschulen für geflüchtete Kinder in Landesunterbringungseinrichtungen schnellstmöglich sicherstellen.

Alle Menschen sollen unabhängig von Sprache, Alter, Hautfarbe, Kultur, Behinderung, sozialem Status oder Religion in NRW dieselben Chancen haben, selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Deshalb setzen wir uns zum Beispiel dafür ein, Schutzsuchende dezentral unterzubringen, um individuellen Bedürfnissen gerecht zu werden. Weil viele Leistungen – von gesundheitlicher Versorgung bis hin zu Integrations- und Teilhabeangeboten – am besten in der Kommune erbracht werden können, haben wir lange – und schließlich mit Erfolg – darauf gedrängt, die FlüAG-Pauschale für die Kommunen zu erhöhen. Gleichzeitig müssen wir dafür Sorge tragen, dass die Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus finanziell abgesichert und ausgeweitet werden. CDU und FDP hatten die rot-grünen Programme immerhin weiter geführt, nicht aber an den steigenden Bedarf angepasst.

Berivan.Aymaz@landtag.nrw.de,
Sprecherin für Flüchtlinge und Integration

STARKE KOMMUNEN

POLITIK PASSIERT VOR ORT



Ob Flüchtlingskrise oder Pandemie: Die Auswirkungen bekommen besonders die Städte und Gemeinden zu spüren, in Form steigender Ausgaben und einbrechender Einnahmen. Lange haben sich CDU und FDP auf den Erfolgen der rot-grünen Vorgängerregierung und ihrem Stärkungspakt ausgeruht. Seit dessen Auslaufen gibt es bis heute keinen Nachfolge-Plan – mit verheerenden Konsequenzen: Die anhaltend angespannte Haushaltssituation sowie die Risiken durch schwankende Steuereinnahmen und einen zukünftigen Zinsanstieg führen dazu, dass die Kommunen kaum Spielraum für Investitionen haben. Gleichzeitig spart die Landesregierung die Mittel aus dem Stärkungspakt ein – jährlich rund 450 Millionen Euro. So haben die Kommunen keine Chance, die teils marode Infrastruktur instand zu halten. Das Land steht in der Verantwortung, für faire Bedingungen und gleichwertige Lebensverhältnisse in den Kommunen zu sorgen. Es darf nicht Glückssache sein, ob vor Ort der Nahverkehr funktioniert oder die Jugendarbeit finanziert werden kann. Dazu gehört auch, alte Kredite, die die Kommunen in ihrer Handlungsfähigkeit einschränken, in naher Zukunft abzulösen. Anders als versprochen hat die Regierung Laschet/Wüst das Altschuldenproblem der Kommunen nicht gelöst. Auf Grundlage eines von uns in Auftrag gegebenen Gutachtens haben wir konkrete Vorschläge zur Einrichtung eines Altschuldenfonds eingebracht, die jedoch nicht aufgegriffen wurden. Stattdessen haben Schwarz-Gelb ihren letzten gemeinsamen Landeshaushalt dazu genutzt, um mit einer Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes Streit zwischen kreisfreien Städten und kreisangehörigen Gemeinden zu entfachen. Da unser Änderungsantrag abgelehnt wurde, müssen nun die Gerichte entscheiden. Kommunalpolitik ist aber mehr als Geld. Um auch in der Pandemie die Handlungsfähigkeit der Gremien sicherzustellen, haben wir einen Gesetzentwurf für eine Änderung der Gemeindeordnung eingebracht, um Sitzungen als Videokonferenzen stattfinden lassen zu können. Erst nach langem Widerstand startete die Landesregierung einen ersten Modellversuch und legte Ende 2021 endlich einen eigenen Gesetzentwurf vor, der sich im Kern durchaus am grünen Vorbild orientiert.

Mehrdad.Mostofizadeh@landtag.nrw.de,
Sprecher für Kommunalpolitik

SYSTEM IN DER KRISE

SCHULEN HABEN BESSERES VERDIENT



NRW NEWS

Die Corona-Pandemie hat in den vergangenen zwei Jahren auch die Politik vor große Herausforderungen gestellt. Doch in keinem Politikfeld hat die Landesregierung derart versagt wie in der Schulpolitik. Regelungen zum Umgang mit Masken oder Tests gab es extrem kurzfristig in den schon legendären Freitagmails, Luftfilter gab es nur mit erheblichem bürokratischem Aufwand und auch nur für wenige Klassen; und wie wirksam die verwendeten Tests waren, wissen wir noch immer nicht. Die Pandemie macht auf viele Schwachstellen der Schullandschaft aufmerksam und verschärft Ungleichheiten. Fehlende Endgeräte oder beengter Wohnraum erschweren den Distanzunterricht zusätzlich. Doch noch immer weigert sich die Landesregierung, digitale Ausstattung in die Lernmittelfreiheit einzubeziehen und zu finanzieren. Schulen, die besonders große Herausforderungen zu stemmen haben, müssen in Konkurrenz mit anderen Schulen um zusätzliche Mittel treten. Der schulscharfe Sozialindex, der die unterschiedlichen Bedarfe der Schulen erfassen soll, wurde zwar weiterentwickelt, die Ressourcen aber nur anders verteilt und nicht erhöht. Die Wahlversprechen von CDU und FDP, mehr Lehrkräfte einzustellen und die Lehrkräfte an allen Schulformen gleich zu bezahlen, haben sie nicht eingelöst. Auf die Eingruppierung in die Entgeltgruppe A13 warten die Lehrer*innen dort noch immer. So bleibt es dabei: Lehrerüberhang an Gymnasien und Lehrermangel an Grund-, Haupt-, Realschulen. Das Menschenrecht *Inklusion* wird auf einige Schulformen beschränkt. Mit den Erkenntnissen der Pandemie haben wir GRÜNE die Gründung einer Web-School beantragt, in der förderbedürftige Schüler die Welt des digitalen Lernens nutzen können. Unser Zukunftsplan Grundschule zeigt, wie den Schüler*innen zum Start ihrer Bildungsbiografie bessere Voraussetzungen gegeben werden können. Der nach jahrelanger Verzögerung vorgelegte Masterplan Grundschule der Landesregierung war dagegen eine große Enttäuschung. Ebenso bleibt die „Agenda zur Stärkung der beruflichen Bildung“ ein Papiertiger: Kein Programm zur Behebung des eklatanten Lehrermangels an Berufskollegs, keine Initiative für verbesserte Vernetzung.

Sigrid.Beer@landtag.nrw.de,
Sprecherin für Bildungspolitik

ABO/DATENSCHUTZ

Mitglieder von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen erhalten die Informationen aus dem Landtag NRW – GRÜN.KOMMT – regelmäßig zusammen mit dem Magazin der Bundespartei. Als Nicht-Mitglied haben Sie jederzeit die Möglichkeit, die GRÜN.KOMMT kostenlos zu abonnieren. Schreiben Sie uns dafür eine Nachricht per Mail oder Post. Das gilt natürlich auch für Abbestellungen – Ihre Daten werden dann vollständig gelöscht.

Als Abonnent*in haben Sie selbstverständlich ein Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung (Sperrung) und Übertragbarkeit der über Sie gespeicherten Daten sowie ein Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten. Ferner haben Sie das Recht, Ihre erteilte Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Um Ihre Rechte uns gegenüber geltend zu machen, schreiben Sie bitte an datenschutz.gruene@landtag.nrw.de.

NEWSLETTER

Aktuelle Informationen erhalten Sie per E-Mail mit unserem Newsletter »Landtag aktuell«, wenn Sie sich über unsere Homepage www.gruene-fraktion-nrw.de anmelden oder uns eine E-Mail an gruene-pressestelle@landtag.nrw.de schicken. Er erscheint in jeder Plenarwoche mit einer Vorschau auf die Themen der Woche.

IMPRESSUM

Herausgeber (v.i.S.d.P):
GRÜNE Fraktion im Landtag NRW
Mehrhad Mostofizadeh MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Kontakt:
Tel 0211 884-2887
Fax 0211 884-2890
www.gruene-fraktion-nrw.de
gruene-pressestelle@landtag.nrw.de



GrueneFraktionNRW



@gruenefraknrw



gruene_fraktion_nrw

Redaktion und Gestaltung:
Guido von Wiecken

Bildnachweis:
S. 1/8: ohldoerpi@shutterstock.com
– S. 2, S. 5, S. 7l: Guido von Wiecken@GRÜNE im Landtag – S. 2 (Portrait): Linda Hammer – S. 3l: Viteethumb@shutterstock.com – S. 3r: Jessica Ticozzelli@pexels.com – S. 6l: Tobias Langer@shutterstock.com S. 6r: Viktoriia Miroshnikova@shutterstock.com – S. 7r: Monkey Business Images@shutterstock.com

An dieser Ausgabe haben außerdem mitgewirkt: Norbert Czerwinski, Sonja Fasbender, Freya Kuhn, Laurens Lange, Désirée Linde, David Schichel, Julian Schönbeck, Bettina Tull, Kristina Zippel

Stand: März 2022

Dieses Magazin darf nicht zu Wahlwerbezwecken verwendet werden.

